

Inhalt

Vorwort: Konkrete Schritte zur Verwirklichung der Vision der Vereinten Nationen	19
1 Klärungen zur Bedeutung der Menschen- und Grundrechte	33
1.1 Die Methode der Klärung	33
1.2 Die <i>Rechtswissenschaft</i> sowie die <i>Menschen- und Grundrechte</i> sind auf den Schutz des Lebens und auf optimale Lebensqualität ausgerichtet	35
1.2.1 Fundamentale universelle Regelungen	36
1.2.1.1 Umgang mit Notstandssituationen	36
1.2.1.2 Umgang mit Streitigkeiten und Konfliktsituationen	37
1.2.1.3 Umgang mit Angeklagten	38
1.2.2 Funktionen universeller Regelungen	38
1.2.2.1 Das Konzept der Herrschaft des Gesetzes – rule of law	40
1.2.2.2 Das Konzept der instrumentellen Herrschaft: Fremdbestimmung und Despotismus	46
1.2.3 Die Position der Rechtswissenschaft in der modernen Ordnung der Wissenschaften	48
1.3 Klärungen zur Bedeutung der Menschen- und Grundrechte	55
1.3.1 Grundlagen der Formulierung der Menschenrechte der Vereinten Nationen	56
1.3.2 Gibt es ein weltweit konsensfähiges Verständnis der Grund- und Menschenrechte?	59
1.3.2.1 Vorbehalte, die mit den Inhalten der Menschen- und Grundrechte wenig zu tun haben	60
1.3.2.2 Inhaltsbezogene Vorbehalte und Uneinigkeiten	61
1.3.2.3 Die Gültigkeit der Menschen- und Grundrechte beruht auf Naturgesetzlichkeiten	63
1.3.3 Aus der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht und Gesetz ergibt sich das Gerechtigkeitsgebot als Basis des Rechtswesens	66
1.3.3.1 Zusammenhänge zwischen dem <i>Gerechtigkeitsgebot</i> , dem <i>individuellen Selbstbestimmungsrecht</i> , der <i>Unantast- barkeit der Würde</i> und konkretem Handeln / Verhalten	69

1.4	Ursachen der Missachtung des Gerechtigkeitsgebotes	72
1.4.1	<i>Demokratie</i> beruht primär auf kompetenter parlamentarischer Arbeit	72
1.4.1.1	Demokratische Politik erfordert rechtswissenschaftlich fundierten Sachverstand	75
1.4.2	Die Problematik von Rivalität und Konkurrenz	79
1.4.3	Die Problematik der Zuordnung von Waren und Dienstleistungen zu Geldbeträgen	84
1.4.4	Die Problematik von Kooperationsverträgen	87
1.4.4.1	Konditionen fairer Vereinbarungen und Verträge	92
1.4.5	Die Problematik des üblichen politischen Handlungs-instrumentariums	94
1.4.5.1	Die Aufgabenstellungen und Pflichten politischer Instanzen	94
1.4.5.2	Eigenarten des üblichen politischen Handlungs-instrumentariums	95
1.4.6	Die Organisations- und Kommunikations-Problematik: Ursachen des Versagens parlamentarischen Handelns	100
1.4.7	Die Problematik von Maßnahmen der Bestrafung bzw. des Strafrechts	111
1.4.8	Angemessene Bildungsmaßnahmen sind Voraussetzung für Gerechtigkeit	113
1.4.8.1	Bildungsmaßnahmen sind aus anthropologischer und entwicklungspsychologischer Sicht unverzichtbar. Die Begründung des „ <i>Menschenrechts auf Entwicklung</i> “	114
2	Erkenntnisse zu zweckmäßiger Kooperation bilden die Basis des Grundgesetzes	119
2.1	Fundamental ist das „Recht auf Entwicklung“: Das Recht, leben zu können und an der Kultivierung des Lebens konstruktiv mitzuwirken	122
2.2	Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit: Das individuelle Selbstbestimmungsrecht	124
2.2.1	Voraussetzungen der freien Entfaltung der Persönlichkeit	127

2.2.2	Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährt aus der Sicht deutscher Staatsrechtler „allgemeine Handlungsfreiheit“	132
2.2.3	Der Schutz des Lebens erfordert Freiheitsbeschränkungen und Pflichterfüllung	136
2.2.3.1	Die Darstellung von Pflichten über eine Fiktion, ein Theaterstück	136
2.2.3.2	Fünf Hinweise	137
2.2.3.2.1	Erster Hinweis: Ich bin der Weg, die Wahrheit und die Grundlage des Lebens	139
2.2.3.2.2	Zweiter Hinweis: Ihr sollt eure Eltern ehren	141
2.2.3.2.3	Dritter Hinweis: Sorgt angemessen für eure Kinder	142
2.2.3.2.4	Vierter Hinweis: Liebe deine Nächsten wie dich selbst	142
2.2.3.2.5	Fünfter Hinweis: Achtet die Vielfalt und Würde von allem	145
2.2.3.2.6	Die Entlassung in die Autonomie	146
2.3	Die Würde des Menschen ist unantastbar	148
2.3.1	Die „Würde des Menschen“ – ein unscharfer Begriff, eine Leerformel?	152
2.3.2	Die „Unantastbarkeit der Würde des Menschen“ erfordert, dass im Rechtswesen psychologische und pädagogische Gegebenheiten angemessen berücksichtigt werden	154
2.3.3	Die Unantastbarkeit der Würde hat auch religiöse Wurzeln	157
2.3.4	Konkrete Orientierungshilfen zu menschenwürdigem Handeln	159
2.3.4.1	Die Individualität ist zu respektieren	159
2.3.4.2	Selbständigkeit und Selbstverantwortung (Autonomie)	160
2.3.4.3	Gleichberechtigung gemäß der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht und Gesetz	160
2.3.4.4	Klare und ehrliche Kommunikation ist die Basis des Zusammenlebens	160
2.3.4.5	Gegenseitige Unterstützung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip	160
2.3.4.6	Erwartungen müssen nicht immer erfüllt werden	162
2.3.4.7	Konflikt-Eskalation über die Stopp-Regel vermeiden	162
2.3.5	Menschenwürdige Formen der Handlungskorrektur: <i>Das Menschen- und Grundrecht auf freiheitliche Sozialisierung</i>	163

2.4	Weitere Formulierungen zu Menschen- und Grundrechten: Klärungen zu deren Bedeutungen.....	165
2.4.1	Die Logik, Systematik, Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte	165
2.4.2	Positionen, die von der Orientierung der Vereinten Nationen abweichen	167
2.4.2.1	Konzepte zum Umgang mit Freiheit und zur Regelung von Konflikten	170
2.4.2.1.1	Freiheit, Konflikte und Recht: Das deutsche Konzept und das Konzept der globalen Rechtsordnung	170
2.4.2.1.2	Es gibt grundgesetzwidrige Strategien, um Konsens zu verhindern und zu fördern	176
2.4.2.1.2.1	Bildungspolitische Regelungen, die das Allgemeinwohl nicht begünstigen: Der „Beutelsberger Konsens zum Politikunterricht“ und das „Kooperationsverbot“	176
2.4.2.1.2.2	Die <i>Leitmedien</i> sollen den Bürgern die Orientierung „erleichtern“	179
2.4.3	Die Problematik unterschiedlicher und konkurrierender Rechtsordnungen	180
2.5	Die <i>kollegiale Demokratie</i> als Organisationsform freiheitlich-demokratischer Gemeinschaften.....	182
2.5.1	Eine tabellarische Gegenüberstellung <i>ökonomischen</i> und <i>rechtsstaatlichen</i> Vorgehens	186
2.6	Die kollegiale Kooperation souveräner Regionen: Prinzipien föderalstaatlicher Organisation.....	191
2.6.1	Das Human-Relations-Management-Konzept	191
2.6.2	Überwindung der nationalstaatlichen Perspektive: Weltbürger-Identität, internationale Subsidiarität und weltinnenpolitische Ausrichtung	193
2.6.2.1	Ein Beispiel der Missachtung verfassungs- und völkerrechtlicher Grundlagen: Die EU-Griechenland-Schuldenkrise	196
2.6.3	Erste Aufgaben von Bürgern und deren Vertretern im Übergang zu kollegialer Demokratie	197
2.6.4	Kollegial-demokratische Prinzipien der Finanzordnung	198

3	Rechtsordnungen sind von kulturspezifischen Gegebenheiten geprägt.....	203
3.1	Subjektivistische Positionen: Egozentik, Egozentrismus und Ethnozentrismus.....	205
3.1.1	Das Bestreben, erlangte Macht- und Herrschaftspositionen aufrecht zu erhalten	205
3.1.2	Das Diskriminierungs- und Begünstigungsverbot	208
3.1.3	Die Tendenz, Werthaltungen zu verabsolutieren: Exzellenz anstelle von Adäquanz	211
3.1.4	Obrigkeitsstaatliche Tendenzen zur Bevormundung und Verwaltung der Bürger	213
3.1.5	Kulturkämpfe in kriegerischen Formen	217
3.1.5.1	Anmerkungen zu aktuellen Kulturkämpfen	218
3.2	Objektivierter, konstruktiver Umgang mit kulturspezifischen Gegebenheiten	224
3.2.1	Die Methodologie der internationalen naturwissenschaftlichen Sozialforschung ist hilfreich angesichts ideologischer Manipulationsinteressen	225
3.2.1.1	Das politische Streben nach Machterhalt ignoriert hilfreiche wissenschaftliche Erkenntnisse, missachtet Grundrechte und verhindert dringend erforderliche Innovationen	229
3.2.2	Das Recht als Ordnungsinstrument in Primitiv- und Hochkulturen	233
3.2.3	Konzepte der Rechtsstaatlichkeit: Despotismus und rule of law	235
3.2.4	Sachgerechtigkeit (Sachverstand) ist unverzichtbar	237
3.2.4.1	Demokratische Politik erfordert hinlänglichen Sachverstand	237
3.2.4.2	Die Problematik des demokratischen Pragmatismus	242
3.2.4.3	Sachlich erforderliche Qualifikationsvoraussetzungen von Verantwortungsträgern	243
3.2.5	Reaktionen der Vereinten Nationen auf kulturspezifische Gegebenheiten	246
3.2.5.1	Der Nutzen vergleichenden und kulturübergreifenden Vorgehens – Beispiele zur Illustration	248

3.2.6	Kultureller Wandel und Rechtsordnungs-Reformen: Der Umgang mit Herausforderungen	253
3.2.6.1	Kultureller Wandel und die praktischen Auswirkungen rechtlicher Regelungen	253
3.2.6.2	Vor-rationaler und rationaler Umgang mit Herausforderungen	255
3.2.6.3	Positionen gegenüber kulturellem Wandel und Reformen in Rechtsordnungen	256
3.2.6.3.1	Die Position vor-rationaler Kulturen	256
3.2.6.3.2	Die Ausgangsbasis der Vereinten Nationen: Autonome, souveräne Kulturen	257
3.2.6.3.3	Die Position <i>freiheitsbeschränkter</i> Kulturen: Wenn Voraussetzungen <i>friedlichen Zusammenlebens</i> fehlen	259
4	Elemente global geordneten Zusammenlebens.....	265
4.1	Friedliche Koexistenz und konstruktive Kooperation freier Partner.....	265
4.1.1	Das deutsche Grundgesetz als Friedensverfassung	265
4.1.2	Politik-Management gemäß dem rule of law und dem Subsidiaritätsprinzip: Die globale Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen	269
4.2	Universelle Bildung und Ausbildung.....	271
4.2.1	Bildungsmaßnahmen sollen das persönliche Fähigkeits- potential fördern, damit zufriedenstellende Leistungen zugunsten des Allgemeinwohles erbracht werden können	281
4.2.1.1	Inhaltliche und funktionale Aspekte von Bildung aus nationalstaatlicher und global-gesellschaftlicher Sicht	286
4.2.1.2	Anmerkungen zum Verständnis und zur Bedeutung von „Kompetenz“ und von „Selbstregulation“ sowie zur Qualität des deutschen Bildungswesens	287
4.2.2	Ansätze der Psychologie der Persönlichkeits- und Organisationsentwicklung	291
4.2.2.1	Handlungsorientierung gemäß dem Pfad des Lebens und dem Pfad der Erkenntnis	291
4.2.2.2	Ethische Konsequenzen einer universalpragmatischen Tatbestands-Betrachtung	294
4.2.2.2.1	Aufgaben und Handlungsstrategien internationaler Gerichtshöfe	300

4.2.2.2.2	Die Ontologie der Ursachen, der Lösungen und der Gerechtigkeit	302
4.2.2.2.3	Die Subjekt-Objekt-Beziehung: Die Sicht der Ärzte Sigmund Freud und Maria Montessori	306
4.2.3	Reformpädagogische Ansätze zur Förderung universeller Handlungskompetenz	309
4.2.3.1	Die Förderung von Handlungskompetenz auf der Basis des Sittengesetzes: Zur Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit führt Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein	315
4.3	Qualitätsmanagement zur Optimierung der Lebensqualität über Verfahren zur Beachtung und Einhaltung der Menschen- und Grundrechte.....	318
4.4	Die Vereinbarkeit der Menschenrechtsordnung mit wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie dem Konzept des Handelsvertragsrechts.....	319
4.4.1	Das heutige politisch-wirtschaftliche Rivalitäts-Spannungsfeld lässt sich auflösen	319
4.4.1.1	Die sozial-ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft	322
4.4.2	Die Priorität des Völkerrechts und des staatlichen Verfassungsrechts angesichts von Finanzierungsschwierigkeiten und privatrechtlichen Vereinbarungen	326
4.4.2.1	Zur Senkung der Staatskosten können sich Privatisierungen und die Ökonomisierung als Irrwege erweisen	332
4.4.2.2	Staatsverschuldung begünstigt Korruption und gefährdet die Souveränität von Regierungen. Die Angst vor Insolvenz steht guten Lösungen im Wege	336
4.4.2.3	Konzepte juristischer Gerechtigkeit	337
4.4.2.3.1	Die Lebensschutz-Gesetzgebung	337
4.4.2.3.1.1	Varianten der Lebensschutz-Gesetzgebung: Was ist zum Lebensschutz geboten?	337
4.4.2.3.2	Ausgehandelte Einigungen	340
4.4.2.3.2.1	Kooperationsverträge erweisen sich häufig als lebens-, friedens- und freiheitsfeindlich	343
4.4.2.3.3	Ausgehandelte Einigungen (Verträge) müssen Lebensschutz gewährleisten	346
4.4.2.3.4	Alle Staaten sollten gemeinsam das Insolvenzrecht zu ihrer Entschuldung nutzen	347

4.5	Wir können aus Fehlern lernen	348
5	Konkrete Schritte eines zufriedenstellenden Übergangs in die globale Lebensgemeinschaft.....	351
5.1	Naturwissenschaftliches Vorgehen ermöglicht Prognosen zu Entwicklungsverläufen.....	351
5.2	Erkenntnisse naturwissenschaftlicher Handlungsforschung erleichtern die Krisenbewältigung	353
5.3	Die Ausgangslage	354
5.4	Die naturwissenschaftliche Lösungsstrategie des Jesus von Nazareth	355
5.5	Die Transformation auf der politisch-organisatorischen Ebene.....	358
5.5.1	Umsetzungs- und Umstellungsschwierigkeiten	359
5.5.2	Die Vorbereitung der Umsetzung	359
5.5.3	Varianten der Auslösung der Umsetzung	362
5.5.3.1	Die Auslösung durch organisatorische Fehlkonstruktionen und ruinösen Wettbewerb	362
5.5.3.2	Die Auslösung durch den Zusammenbruch der Geldwert-Illusion: Die Finanzkrise	363
5.5.3.3	Die Auslösung durch Terrorismus, Kriege, Chaos (Apokalypse)	365
5.6	Die Strategie des verantwortungsethischen Umgangs mit Unrecht angesichts geschichtlicher Großereignisse wie Revolutionen, Völkermord, Terrorismus	367
5.6.1	Voraussetzungen rechtsstaatlichen Handelns angesichts der Globalisierung	367
5.6.2	Geschichtlichen Großereignissen lässt sich nicht wirksam begegnen, indem man Schuldige sucht und Täter bestraft	369
5.6.3	In der modernen Rechtswissenschaft geht es nicht mehr um „Schuld“	371
5.6.4	Die Menschenrechte, der Schutz der Würde und das Grundgesetz beruhen auf der Verantwortungsethik	376
5.6.5	Das Grundgesetz als Erfolgsrezept angesichts terroristischer, chaotischer Bedingungen	378

5.6.6	Verantwortungsethik sorgt im englischen Rechtssystem für Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft	383
5.6.7	Untertänige Gesinnung befreit nicht wirklich von persönlicher Verantwortlichkeit	385
5.7	Die Strategie des Vorgehens beruht auf antiker griechischer Mythologie	387
5.7.1	Die Aufgaben der Vereinten Nationen erfordern übermenschliches Können	387
5.7.2	Die Legende von König Minos und dem Minotaurus befreit aus Ausweglosigkeit	389
5.7.2.1	Exkurs: Die griechische Mythologie, das Christentum, die Politische Theologie, die Theologie der Befreiung und die Position des Staatsrechtlers Carl Schmitt	391
5.7.3	Strategien des Halbgottes Herkules verhelfen zu überzeugenden Lösungen	393
Anhang.....		399
A 1	Der Mensch in der Natur: Der Sonnengesang von Franziskus von Assisi	399
A 2	Desmond Tutu: Die Kraft der Vergebung. Wut ist eine natürliche Reaktion, aber Rache macht nichts wieder gut	400
Literaturverzeichnis		403
Internetseiten.....		414
IMGE		420
Youtube		427
Über den Autor.....		429